

Kreistagsdrucksache Nr. 015/16/8

AZ. Abt.12

Anlagen 2 (nichtöffentlich)

Tagesordnungspunkt

Erweiterung Landratsamt Tübingen, Vergabe Schlosserarbeiten

Zur Beratung im

Verwaltungs- und Technischer Ausschuss (öffentlich) Beschluss am 29.11.2017

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag für die Erweiterung des Landratsamts in Tübingen, Gewerk Metallbauarbeiten, wird an die Firma Jochen Strasser, Tübingen, zum Angebotspreis von 114.445,99 € brutto vergeben.

Sachverhalt:

Am 20.07.2016 wurde im Kreistag der Beschluss gefasst, das Landratsamt in der Wilhelm-Keil-Str. 50 zu erweitern (Baubeschluss, KT-DS 015/16/2, 015/16/3 und 015/16/4). Das Gesamtbudget wurde auf 9,5 Mio. € (brutto) (Anlage 1 nichtöffentlich) festgelegt.

Die Arbeiten im Rahmen der Vergabepakete 1 und 2 wurden am 03.05.2017 und 04.10.2017, jeweils im Kreistag (KT-Drucksachen 015/16/5 und 015/16/6), mit einer Gesamtauftragshöhe von bis dahin 6,71 Mio. € vergeben. Einschließlich der beauftragten Planungsleistungen wurden insgesamt bisher Aufträge in einer Gesamthöhe von rd. 8,47 Mio. € vergeben.

Das Gewerk Metallbauarbeiten wurde ursprünglich ebenfalls EU-weit im Vergabepaket 2 ausgeschrieben. Die Ausschreibung wurde wegen erheblicher Kostenüberschreitungen gemäß VOB/A § 17 EU Abs. 1 Ziff. 1 aufgehoben und am 26.10.2017 erneut beschränkt ausgeschrieben. Insgesamt wurden 9 Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die Submission fand am 08.11.2017 statt, 2 Angebote waren vorliegend.

Nach Prüfung und Wertung der Angebote (Anlage 2 nichtöffentlich) ergibt sich der folgende Vergabevorschlag:

Die Firma Jochen Strasser, Tübingen, wird mit der Ausführung der Metallbauarbeiten zum geprüften Angebotspreis i.H.v. 114.445,99 € brutto beauftragt. Die Auftragssumme liegt rd. 16.800 € unter dem von den Architekten vorgesehenen Vergabebudget.

Die Rohbauarbeiten werden planmäßig zum Jahreswechsel 2017/2018 fertiggestellt. Derzeit läuft das Vergabeverfahren für die EU-weiten Ausschreibungen im Rahmen des Vergabepakets 3, die Submissionen erfolgen am 14.12.2017. Die Vergaben dazu sind in der 1. Sitzungsrunde 2018 vorgesehen.

Nach der Hauptsatzung § 5 Abs. 3 Nr. 3 ist der Verwaltungs- und Technische Ausschuss für

Vergaben über 50.000 € zuständig.

Finanzielle Auswirkungen:

Im Finanzhaushalt sind unter dem Auftrag 711241020100, Auszahlungen für Baumaßnahmen (HH Seite 29) insgesamt 6,76 Mio. € zuzüglich einer Verpflichtungsermächtigung i.H.n. weiteren 2,0 Mio. € bereitgestellt. Zusammen mit den bereits vergebenen Arbeiten aus den Vergabepaketen 1 und 2 und den ebenfalls beauftragten Planungsleitungen in einer Gesamthöhe von bisher 8,47 Mio. € sind zusammen mit der nun anstehenden Vergabe Aufträge in einer Gesamthöhe von rd. 8,58 Mio. € erteilt. Die Finanzierung der hier anstehenden Vergabe ist somit sichergestellt.